

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspferereien und Glasereien, für Gipser, Puzer, Stuckateure, Abplattene, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbegrußpreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Ab schlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehngespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.
--	--	--

Wahl der Abgeordneten zum 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Nach einer Bekanntmachung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tagt von Montag, 31. August, bis einschließl. Sonnabend, 5. September, in Breslau der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland.
4. Die Organisationsfrage.
5. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften:
 - a) Die deutsche Wirtschaft.
 - b) Die Wirtschaftsdemokratie.
6. Beratung der Bundesfassungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Unsere Baugewerkschaften haben in Mitgliederberausammlungen zu dem Kongreß Stellung zu nehmen. Ueber etwaige Anträge an den Kongreß ist folgendes zu beachten: Anträge an den Kongreß können nach § 24 der Satzungen des ADGB von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftenmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 25 der Satzungen 8 Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 4. Juli an den Vorstand des ADGB eingereicht werden, der sie spätestens 6 Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat. Von den an den Vorstand des ADGB eingereichten Anträgen bitten wir, uns eine Abschrift einzusenden.

Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß regelt sich nach den Satzungen des ADGB: Auf je 15.000 Mitglieder eines Verbandes entfällt ein Vertreter. Der Deutsche Baugewerksbund ist berechtigt, 24 Vertreter zu entsenden. Nach unserem Bundesstatut vom September 1924 sind die Abgeordneten durch Urwahl zu wählen. Dazu beschloß der Bundesrat in seiner Konferenz am 14. Mai, daß jeder Bezirksverband einen Abgeordneten entsenden soll, die restlichen 6 Abgeordneten sollen dem Bundesvorstand mit den Sachgruppenvertretern und der Schriftleitung des „Grundstein“ überlassen bleiben. In den Berathungen, die zum Kongreß Stellung nehmen, können auch gleich die Bewerber aufgestellt werden. Für die Aufstellung der Bewerber und die Wahl der Abgeordneten gilt folgende Ordnung:

1. Die Abgeordneten werden bezirksweise gewählt. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes ist für seinen Bezirk Wahlberechtigter; er hat die Aufstellung der Bewerber vorzubereiten und alle zur Wahl notwendigen Maßnahmen anzuordnen und ihre Durchführung zu überwachen. Alle Anfragen sind an den Bezirksvorstand zu richten und von diesem zu erledigen.
2. Die Aufstellung der Bewerber hat in Vertreters- oder Mitgliederberausammlungen zu geschehen. Die Namen der Bewerber und die auf jeden entfallende Stimmenzahl hat der Vorstand der Baugewerkschaft dem Bezirksvorstand spätestens bis 11. Juli mitzuteilen. Später gemeldete Bewerber werden bei der Aufstellung der Wählenden (Stimmzettel) nicht berücksichtigt.
3. Als Abgeordneter gut geeignet, wer die einfache Stimmenmehrheit auf sich vereinigt; Bewerber mit meist höherer Stimmenzahl gelten als Stellvertreter.
4. Am 1. Juli 1925 werden die Namen von 7 Wählern veröffentlicht. Die Beibehaltung derselben in der nächsten Folge muss erst nach der Beibehaltung der Bewerber geschehen. Danach hat der Bezirksvorstand die Namen der Wählenden an den Vorstand des Baugewerksbundes zu übersenden.

5. Die Wahl der Abgeordneten ist Sonntag, 26. Juli, in der Zeit von morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr vorzunehmen.

6. Als Stimmzettel dürfen nur die vom Bezirksvorstand herausgegebenen benutzt werden. Neue Namen dürfen nicht hinzugefügt werden. Die nicht genehmigen Bewerber sind zu streichen.

7. Die Wähler haben sich im Wahllokale vor Aufgabe der Stimmzettel durch Mitgliedsbuch auszuweisen. In dem Buche ist ein Vermerk über die Ausübung der Wahl zu machen.

8. Nach Beendigung der Wahl hat der Wahlausschuss festzustellen, wieviel Stimmzettel abgegeben sind. Mit dem Feststellungsvermerk sind die Zettel gut zu verpacken und umgehend dem Vereinsvorstand zuzustellen. Der Vereinsvorstand hat die Stimmzettel sofort, spätestens bis 30. Juli, dem Bezirksvorstand einzusenden.

9. Der Bezirksvorstand hat das Wahlergebnis spätestens bis 5. August dem Bundesvorstand zu berichten.

Der Bundesvorstand.

Von Bundesbeiträgen und -leistungen.

Wozu erhebt der Baugewerksbund die hohen Beiträge? Dieser Doppelfrage begegnen unsere werbenden Mitglieder hin und wieder bei solchen Kollegen, die für den Baugewerksbund als Mitglieder gewonnen werden sollen. Aus der Frage ergibt sich zweierlei: Einmal, daß die Fragesteller die Beiträge, die von den Bundesmitgliedern geleistet werden, für höher halten, als sie nach ihrer Ansicht zu sein brauchen. Und dann geht daraus hervor, daß die Fragesteller schlecht darüber unterrichtet sind, wozu die Gelder verwendet werden, die dem Baugewerksbund aus den Mitgliederbeiträgen zufließen.

Wozu erhebt der Baugewerksbund die hohen Beiträge? Dieser Doppelfrage begegnen unsere werbenden Mitglieder hin und wieder bei solchen Kollegen, die für den Baugewerksbund als Mitglieder gewonnen werden sollen. Aus der Frage ergibt sich zweierlei: Einmal, daß die Fragesteller die Beiträge, die von den Bundesmitgliedern geleistet werden, für höher halten, als sie nach ihrer Ansicht zu sein brauchen. Und dann geht daraus hervor, daß die Fragesteller schlecht darüber unterrichtet sind, wozu die Gelder verwendet werden, die dem Baugewerksbund aus den Mitgliederbeiträgen zufließen.

Für alle, die ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt verwenden müssen, sind die Gewerkschaften lebensnotwendige, also vollkommen unentbehrliche Gemeinschaften. Sie allein bieten den Arbeitern Schutz und Wehr in ihrem Kampfe um die Arbeitsbedingungen. Soll einmal eine Gewerkschaft-Ordnung entstehen, die darauf abgesehen ist, den Bedarf der Gesamtheit zu befriedigen, anstatt dem Profitstreben einzelner, der Produktionsmittelbesitzer, zu dienen, so ist dies nur durch die Mithilfe der Gewerkschaften zu erreichen. Ihnen die Mittel zu verfügen, deren sie als Kampforganisation bedürfen, würde nichts anderes bedeuten, als die Stellung des Internementums ihrer Gegner zu halten.

Im Deutschen Baugewerksbund sind sich die Mitglieder und die leitenden Stellen auf Grund ihrer Erfahrungen darüber einig, daß jedes in Arbeit stehende Mitglied für die Bundeshauptkasse mindestens einen Beitrag in der Höhe des durchschnittlichen Stundenlohnes leisten muß. Dem kommt für die Beibehaltung der deutschen Bauwirtschaft, die von den Bundesbauarbeiterbeiträgen planmäßig ge-

geführter Zuschlagsbeitrag. Mit diesem Zuschlagsbeitrag beträgt der regelmäßige Wochenbeitrag reichlich 1 1/2 Stundenlohn. Der Ortszuschlag bewegt sich zwischen 23,3 bis 46,7 % des Bundeshauptbeitrages. In den höheren Lohnstufen bleibt er unter 33,3 %. Kleinere Baugewerkschaften, deren Mitgliedern es möglich ist, die Verwaltungsarbeit ehrenamtlich zu bewältigen, kommen durchweg mit dem jahungsmäßigen Zuschlag aus. Manche größeren Baugewerkschaften mit einem weitausgedehnten Arbeitsgebiete, mit einer größeren Mitgliederzahl bedürfen für das Zustellen der Zeitung, für Beiträge zum Ortsauschuss und andere Zwecke außer den ordentlichen Beiträgen noch eines besonderen Ortsbeitrages; nötig doch der Umfang ihrer Geschäfte diese Baugewerkschaften meistens, angestellte Kollegen mit den Verwaltungsarbeiten zu betrauen. In den Fällen, wo die Baugewerkschaften einen besonderen Ortsbeitrag erheben, dürfte der Wochenbeitrag wohl ziemlich an einen einundneunzigfachen Stundenlohn heranreichen. Nebenbei sei erwähnt, daß die bei Lohnkämpfen im Kampfgebiet in Arbeit stehenden Mitglieder sehr oft noch besondere Streifbeiträge leisten, um ihren streikenden Brüdern durch eine Zusatzunterstützung das Aushalten im Kampfe zu erleichtern. Auch sonst werden gelegentlich Sonderbeiträge geopfert, wenn eine Solidaritätspflicht dies erfordert. Streifbeiträge sowie auch andere Sonderbeiträge, von den dafür zuständigen Bundeskörpern festgesetzt, sind für alle davon betroffenen Mitglieder ebenso Pflichtbeiträge wie die ordentlichen Wochenbeiträge. Die Frage: „Wozu die hohen Beiträge?“ zielt jedoch mehr auf die ordentlichen Wochenbeiträge ab. Und mit diesen haben wir es in diesen Zeiten hauptsächlich zu tun.

Man darf also sagen, daß die Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes gut 1 1/2 in manchen Baugewerkschaften auch bis zu 1 1/2 Stunden wöchentlich für ihre Organisation arbeiten. Es hieße, ihre Opferwilligkeit verkleinern, wollte man bestreiten, daß dies eine verhältnismäßig hohe Beitragsleistung ist. Geleitet von der Einsicht, daß für die Gewerkschaft die Mittel aufgebracht werden müssen, deren sie für ein erfolgreiches Wirken bedarf, nehmen unsere Bundesmitglieder die erforderlichen Opfer auf sich. Und ohne überheblich zu sein oder selbst zu bewundern, darf sie die im Baugewerksbund herrschende Opferbereitschaft mit freudigem Stolz erfüllen.

Kein Berufscollega, auch wenn er dem Baugewerksbund nicht angehört, wird daran zweifeln, daß die dem Bund zuzuführenden Beiträge auf das sorgsamste verwendet werden. Jeder weiß, daß sie dazu dienen, die Verwaltungskosten zu bestreiten, die die Werbung, Aufklärungs- und Bildungsarbeit ermöglichen; daß sie den Mitgliedern zum großen Teile, und zwar in einem mit der Dauer der Organisationszugehörigkeit wachsenden Maße in der Form mancherlei Unterstützungen wieder zufließen, wenn sie arbeitslos, krank oder invalide sind, wenn sie durch Todesfälle und anderes in Not geraten. Daß die Beiträge vor allem Munition für den Lohnkampf bilden, daß ein möglichst großer Vorrat aus ihnen angeammelt und erhalten werden muß, alles das wissen auch solche Kollegen, die an der Gewerkschaftsarbeit bisher als Zuschauer teilnahmen. Wer jedoch den Vorteil, den ihm die Zugehörigkeit zu seiner Gewerkschaft bringt, nur von dem Gesichtspunkte der finanziellen Leistung und Gegenseitigkeit beurteilt — eine gewiß sehr wichtige Seite der Frage —, der überblickt aber doch noch die Hauptfrage, nämlich die der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zu dankenden Erfolge. Die für die vorerwähnten Fälle der Not herbeiziehenden Unterstützungen häufen unsere Bundesmitglieder die soziale Widerstandskraft und kommen damit den kämpfenden ein bessere Lebensbedingungen zugute. Aus der Verzögerung der Löhne ist am besten abzulesen, wie die Macht der organisierten Arbeiter im Baugewerbe anwächst, den Anteil an ihrer Hände Werk zu sichern.

Für das Jahr 1925 ergibt eine Schätzung: am 31. der wichtigsten Lohnkämpfe unserer Bundesverbände für den Stundenlohn der Maurer — der für 1925 in diesen Verbänden ermittelte Durchschnittswert der Maurer = 100 gesetzt — die Verhältnisse sind folgende: Durchschnittpreise: Januar ... 87,2 Mai ... 110,7 September ... 111,1 Februar ... 87,2 Juni ... 111,1 Oktober ... 118,1 März ... 88,9 Juli ... 115,9 November ... 117,1 April ... 101,0 August ... 119,3 Dezember ... 119,1

Es ist aber unbedingt darauf zu achten, daß nur die wirksamsten und wichtigsten Forderungen angegeben werden, da wir sonst kaum auf ein Erfolg hoffen können.

Die Angaben müssen bis spätestens am 29. Mai dieses Jahres hier eingegangen sein.

- Mit kollegialstem Gruß
Im Auftrage der Vorstände:
gez. R. Rehbahn, Geschäftsführer.
(Weigefügtes Berichtsformular.)

Ich (wir) habe... in diesem Sommer an Bauarbeiten fertigzustellen:
1. Neubau von Wohnungen...
2. An sonstigen Umbauten, Speichern, Schuppen, Werkstätten...

Zur Zeit sind beschäftigt... Maurer... Zimmerer... Bauarbeiter... Es werden in den nächsten 3 Monaten ständig gebraucht... Demnach fehlen... den... Mai 1925.

Unterschrift.

Die eigentliche Ursache der Unternehmerwünsche ist nach diesem Schreiben also nicht der Facharbeitermangel, sondern... die zunehmende Unruhe unter der Arbeiterklasse im Baugewerbe... Diese Unruhe zu bändigen, dazu scheint ihnen die Heranziehung möglichst vieler ausländischer Facharbeiter ein geeignetes Mittel.

„The Labour Magazine“, das offizielle Organ des Britischen Gewerkschaftsbundes und der Britischen Arbeiterpartei, veröffentlicht in seiner Mai-Nummer einen redaktionellen Artikel über die vom 6. bis 8. April in London abgehaltene Sitzung russischer und englischer Gewerkschafter, der wie folgt schließt:

„Wenn man von den russischen Organisationen abliest, so vertelen die der Noten Gewerkschaftsinternationale (NGI) angeschlossenen Organisationen nur einen sehr geringen Teil der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Dem Jahrbuch 1925 des NGI zufolge entfallen von den circa 6 250 000 Mitgliedern der Noten Gewerkschaftsinternationale ungefähr 4 500 000 auf Rußland. Außerdem kommen von den wichtigsten Ländern noch in Betracht: 850 000 Mitglieder in Frankreich, 90 000 in der Tschechoslowakei, 13 500 in Holland, 85 000 in Bulgarien, 6000 in Rumänien und angeblich 150 000 in Estland.“

Im Vergleich mit der Noten Gewerkschaftsinternationale umfaßt die Amerikaner Internationale mehr als dreimal so viele Mitglieder. Auf alle Fälle ist sie stark genug, um die Frage ins Auge zu fassen, ob mit den russischen Gewerkschaften ein freier, offener und gründlicher Gedankenaustausch über das Problem der Einheit eingeleitet

Wir lernten... Wir lernten hassen, wie Schierlingsaft das Vertrauen, unsere Leidenschaft. Wir lernten, daß jedes erlauchte Wort nur Lug und Trug verbirgt und Mord. Wir lernten, daß wir müssen das Halbe zerschmettern gleich dem gold'nen Kalbe. Wir lernten, daß die Satten und Reichen Verräter sind und uns umschleichen, und daß die Schreiber und Schriftgelehrten die Freiheit für Geld und Stellen verwerten. Wir lernten, daß jede weiche Verzeihung Verbrechen wäre und Rechtsentziehung. Wir lernten: Es gibt keinen Friedensschluß. Moritz Hartmann (1919).

werden kann. Wenn es zu Verhandlungen kommen sollte, so ist es wahrscheinlich nicht der NGI, der sich auf eine andere Basis zu stellen haben wird.“

Dies ist ein Appell an unsere Großmutter! Wir möchten nicht bezürnen, darauf zu antworten.

Angesichts der derzeitigen Lage der Noten Gewerkschaftsinternationale und ihrer Leiter könnten wir in der Tat großmütig sein, wenn es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um die russischen Gewerkschaften und nicht um die kommunistischen Drahtzieher handeln würde, die nach dem die Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern des Kontinents geschleift haben, nun alles verdingen, um in England den gleichen Erfolg zu erzielen. Auch seitens unserer englischen Kameraden wurde auf der Februar-Sitzung des Ausschusses des NGI auf die Gefahr der Einmischung kommunistischer Führer, wie Sinowjew und Lojowsky, hingewiesen. Was die Lage in Rußland selbst betrifft, so können wir, wie bereits gesagt, wirklich großmütig sein. Die Verhältnisse sind dort sehr verwickelt. Lojowsky, der Sekretär der NGI, hat dies am 1. April in der Sitzung des erweiterten Vorstandes der NGI, offen zugegeben, indem er sagte: „Die Kompliziertheit der Lage, die Schwierigkeit des Kampfes, die alten Gewohnheiten und Traditionen, unzureichende Elastizität und das Unvermögen, die organisatorisch notwendigen Schwendungen vorzunehmen, haben auch in unseren Reihen einige Abweichungen hervorgerufen, deren Überwindung um so schneller gelingen wird, je offener wir von ihnen sprechen. Diese Abweichungen sind folgende: a) Der organisierte Konservatismus; b) die Deutung der Einheitslösung als Wandel; c) Einheit um jeden Preis; d) die Ablehnung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften; e) die Stimmung für die Auflösung der revolutionären Gewerkschaften und sogar der NGI.“

Zur Zusammenfassung mit den gestrigen Debatten mußte Lojowsky zum Schluss folgendes Aufschluß machen: „Je marxistischer wir uns zu den Ereignissen verhalten, je realer wir Erfolge und Niederlagen einschätzen, desto größer ist die Stärke der kommunistischen Internationalen. Denn die Stärke der kommunistischen Partei besteht darin, daß sie den Mut und die Kühnheit hat zu sagen: Wir haben die Überlegenheit erlitten. Wir gehen es offen: Es ist eine Periode des Stillstandes eingetreten. Wir müssen unsere Kräfte sammeln und unsere Energie veredeln.“ Die Lage der kommunistischen Partei in Rußland ist nicht nur politisch, sondern auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus schwieriger als je. Wie aus obigen Ausführungen und der jetzigen Konstellation in Rußland zu ersehen ist, können sich die Leiter der russischen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr damit zufriedengeben, daß sie sich den Führern der kommunistischen Partei zu fügen haben. Je mehr das kapitalistische System in Rußland überhandnimmt, um so leichter werden sich die Gewerkschafter ihrer eigentlichen Aufgaben und der Wichtigkeit ihrer Zielsetzung bewußt.

Die russische Delegation hat auch in London in einem anderen Teil gesprochen als Lojowsky auf der erwähnten Konferenz. Es scheint, daß die russischen Kameraden der Gewerkschaftsbewegung die Hilfe der Organisationen in den anderen Ländern wünschen, um sich der Wirkung und dem Einfluß der kommunistischen Partei ihres eigenen Landes zu entziehen, die ihre Mission zu erfüllen suchen. Ein solches dieser Lage können wir uns wirklich nicht vorstellen und uns bereit erklären, sie in ihrem Kampf um

die Selbständigkeit zu unterstützen. Wer im Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation das vernichtende Urteil über die Freiheit in Rußland gelesen hat (wir verweisen hier nur auf die Seiten 2, 3 und 12), wird begreifen, daß wir uns der Hilfe, die wir den russischen Kameraden leisten könnten, voll bewußt sind. Doch in der Tat gewisse neue Tendenzen melden, zeigt uns Beispiel der Umstände, daß die offiziellen Führer in Moskau im Zusammenhang mit den Verhandlungen Tomshys mit unseren englischen Kameraden im Januar dieses Jahres die englische Arbeiterbewegung auf ihrer Konferenz in Paterson im Blick ließen, um den britischen Gewerkschaftsbund nicht zu verstimmen. Wenn sich Lojowsky und seine Trabanten bereit erklären könnten, im Interesse eventueller Einheitsverhandlungen auch gegenüber den diffidenten Organisationen in der Tschechoslowakei, in Bulgarien, Dänemark, Frankreich und Holland eine ähnliche Haltung einzunehmen, so könnte man unsere Großmütigkeit noch mehr in Anspruch nehmen. Von diesem Ausnahmefall wird man aber wohl im Januar im Falle Englands zugehört, wird man aber wohl im Falle der oben genannten Länder nichts wissen wollen. Doch vor eben genannten Ländern bei dem bestigsten Mißtrau in der holländischen kommunistischen Partei, daß die Führer in Moskau von ihnen auf die weitere Spaltung in den verschiedenen Ländern gerichteten Instruktionen nicht absehen. Wie kürzlich in der Tschechoslowakei, so wurde auch in Holland auf neue ausdrücklich betont, daß die Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung ausschließlich die Befehle der kommunistischen Partei auszuführen haben. Auch bei den Unterhandlungen Tomshys mit England zeigt sich, daß Lojowsky die Fingel fest in Händen hält.

In der obengenannten Rede, die in der Internationalen Presse-Konferenz vom 15. April wiedergegeben ist, erteilt Lojowsky seinen Männern folgende Instruktionen: „In England muß der Kampf um die Einheit auf folgender Linie geführt werden: a) Weitere Festigung der Arbeiterbewegung; b) Kampf gegen Adorptionsmaßnahmen und Einheitslei; c) Kampf für den Einheitslei aller Gewerkschaften an den Kongress der Trade Unions; d) Kampf für die Schaffung von Industrieverbänden auf der Grundlage der Betriebsräte; e) Umwandlung des Generalrats in ein leitendes Organ; f) Beteiligung des Gewerkschaftsrates (Trade Council) an den Gewerkschaftskongressen und Stärkung seiner Rolle gegenüber den lokalen Organisationen; g) entschiedene Unterstützung des linken Flügels bei allen auf die Einheit gerichteten Schritten; h) entschiedener Kampf gegen den rechten Flügel; i) Kampf gegen den Einfluß des Imperialismus auf die Arbeitermassen; k) Kampf gegen die führende Schicht der Arbeiterpartei, die die Arbeiterbewegung nach rechts drückt.“

Nachdem Lojowsky diese Instruktionen erteilt hat, legt er dann abgischend wie folgt los:

„Wir erklären: Die Reformisten sind die Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung, und wir werden dies ohne Zweifel durch eine ganze Reihe von historischen Beispielen beweisen.“

„Wenn wir sagen, daß wir bereit sind, uns zu einer einzigen Organisation zusammenzuschließen und zu kämpfen, so bedeutet das nicht, daß wir eine mittlere Linie finden wollen. Keinerlei Kompromisse, Feinheit, Kombinationen zwischen Reformismus und Kommunismus, sondern erbitterter Kampf auf Tod und Leben mit schonungsloser Ausrottung.“ Wir würden unsere Freunde Tomshy und seine Kameraden in ihrem Kampf um die Befreiung von der Übermacht der kommunistischen Partei wirklich gern unterstützen; angesichts der Lage in einer Reihe von Ländern, wo die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften noch nicht so selbständig geworden sind, wie unsere russischen Kameraden, müssen wir uns jedoch ernstlich überlegen, ob uns dieses Entgegenkommen gegenüber den russischen Kameraden in anderen Ländern nicht zu hoch zu stehen käme.

Wir, die wir über die Unterhandlungen zwischen Rußland und England etwas mehr wissen, als aus den allgemeinen Publikationen zu ersehen ist, haben den bestimmten Eindruck, daß Tomshy und seine Anhänger bereit sind, den richtigen Weg einzuschlagen. Die Tatsache jedoch, daß die russischen Gewerkschaften bei der Noten Internationalen angeschlossene sind, die die Befehle der kommunistischen Partei auszuführen hat und ihren Statuten zufolge von ihren Anhängern in den verschiedenen Ländern die Vernichtung der Amerikaner Internationalen fordert — was auch wieder aus obenstehender Rede Lojowskys hervorgeht —, bleibt bestehen, und wenn wir auch noch so gern unsere russischen Kameraden in ihrem Befreiungskampf beistehen möchten, nicht nur auf Versuch der englischen Arbeiterbewegung, sondern auch aus eigenen Gründen, so verlangt es unser Selbsterhaltungsgesetz, daß wir die größte Vorsicht an der Tag legen. Die zahlreichen von uns unternommenen Versuche, mit den russischen Kameraden zu einem Gutmächerevernehmen zu gelangen, scheiterten beinahe ausschließlich am schlechten Willen Tomshys und seiner Mitkämpfer, sondern am Verhalten Sinowjews, Lojowskys und anderer außerhalb der eigentlichen Gewerkschaftsbewegung stehender Führer, die nichtsdestoweniger in der Gewerkschaftsbewegung an leitender Stelle stehen.

Keine Bewegung kann sich von ihrer Entstehung loslagern, ohne sich dabei zu schwächen. Die Selbsthaltung kann in der Tat als eine der ersten Pflichten einer Partei betrachtet werden. Wenn man sich auf jeden Standpunkt stellt, kann im Interesse der Einheit trotzdem viel getan werden. Solange es jedoch Lojowsky zugehört, wird, im Namen der russischen Arbeiter zu sprechen, wie er es am 1. April getan hat, wird es unsere Pflicht sein, uns bei aller Besonnenheit doppelt genau die möglichen Gefahren zu klären.

Streiks und Lohnbewegung... Maurer, Bauführer und Tischlerarbeiten: Im Zweck oder abgesehen sind die Kollegen in Berlin (Kuhle bei der Straßenseite & Co.) Westlich und Hingebend, Robert (Gütermann), Bremen (Tischlerarbeiten in Kirchweghe und Drege), Bremerhaven, Cassel (Antzgerichs-

Bevorzugung von Lehrlingskaltern.

Das Bayerische Innenministerium hat zur Sicherstellung des Nachwuchses an Facharbeitern im Baugewerbe folgenden Erlass (vom 16. Mai) herausgegeben, der bei der Wahl von Bewerbern für Bauarbeiten durch Ausschreibungen wichtig ist:

„Zur Sicherstellung des Nachwuchses an Facharbeitern im Baugewerbe werden im Einverständnis mit den beteiligten Staatsministerien die Behörden angewiesen, bei Vergabe von Ausschreibungen solche Bewerber zu bevorzugen, die sich durch außerordentliche Heranbildung von Lehrlingen, die sich durch außerordentliche Verdienste machen. Diese Berücksichtigung hat zu erfolgen durch Erteilung von Aufträgen außer Wettbewerb durch Einladung zu beschränktem Wettbewerb und durch vorzugsweise Aufgabeverteilung bei annähernd gleichem Angebot. Durch gegenwärtige Anordnung soll jedoch der nichtbeschränkten Verwendung von Lehrlingen, die mit dem Betriebsumfang nicht in Einklang zu bringen ist, keineswegs Vorzug geleistet werden.“

Zusätzlich Aufträge außerhalb der Staatsverwaltung in Betracht kommen, wird stimmungsgemäße Danauchachtung empfohlen.“

Wichtig und vorzuziehen wäre es gewesen, wenn das Innenministerium die hochzulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnis zur Gesellschaft gleich bestimmt hätte. Wir fürchten, daß die Warnung vor „nichtbeschränkter Verwendung von Lehrlingen“ nicht viel nützt. Um so mehr müssen unsere Kollegen darauf achten, daß die jetzt wieder beginnende Lehrlingsperiode nicht weiterfristet und noch schimmere Formen annimmt, als gegenwärtig schon zu beobachten sind.

Amsterdam — London — Moskau.

Zur Aufzählung an eine Studienreise nach Rußland, die e. g. die Gewerkschaftler unter Führung des Vorstandes Mitglied des Amsterdamer Internationales, F. u. c. c. e. l., unternommen, sind aus den Kreisen englischer Gewerkschaftler Bestrebungen im Gange, eine Verbindung zwischen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der Noten Gewerkschaftsinternationale (Moskau) herbeizuführen, um zum Teil einer eventuellen Vereinigung dieser beiden Internationalen. In diesen Bestrebungen nimmt der Sekretär der Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. L. u. c. e. c. e. i. z. folgenden Ausführungen teil:

Bezirk Gubenberg, Corbach (Ziefbauarbeiter in Braunan und Pöhlen), **Greif** (Firma Gten in St. Louis), **Freiwald**, **Grill**, **Göppingen u. Ing.**, **Guban**, **Heibronn u. Ing.**, **Herfeld**, **Hof** (Bauch & Co. aus Coburg), **Kaiserlautern**, **Kernbach**, **Lanau** i. d. V., **Leidlin**, **Marburg** (die Drie im Kreis Bielefeld), **Meerane** (Baugeschäfte Hans Müller und Emil Sommer), **Neustadt a. d. S.**, **Provinz Pommern**, **Neußlingen** und **Umgegend**, **Notenburg i. S.** (Ziefbauarbeiten bei der Firma Gann), **Süntzger** und **Umgegend**, **Tennstedt**, **Züntlingen** (Klosterbau in Beuron), **Züntlingen** und **Umgegend**, **Wittenberg** (Brecht, Sachau, Gredwig, Herzberg und Umgegend), **Witzdorf**, **Witzenhausen** (die Bauarbeiter auf der Papierfabrik der Firma Louis Staßel), **Zeig** (Maurer und Bauhilfsarbeiter sowie Betonarbeiter am Kraftwerk Zeheben).

Kunststein- und Terrazzoarbeiter: **Gekreitz** wird in Königsberg.

Stukkateure: **Gekreitz** wird in Freiburg, Heibronn, Königsberg, Konstanz und Siegen.

Töpfer und Fliesenleger: **Steneger** streifen in Aeguin, Densformer in Weßeln und Krieg. **Angeschwert** sind die Densformer in allen übrigen Orten mit Ausnahme von Bayern und Baden. **Steinzeugtöpfer:** **Gekreitz** wird in Quakrit, Krauschwig und Bettenhausen. **Angeschwert** sind die Steinzeugtöpfer in Duingen. **Fliesenleger:** **Streif** ist in Rheinland-Westfalen.

Vergleich der Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen gegen die Bauarbeit. Dem Baugewerbe in Rheinland-Westfalen drohen neue Arbeitskämpfe, weil den Unternehmern des Bergbaues, der Hütten- und Schwerindustrie das für das Baugewerbe am 22. Mai in freier Vereinbarung zustande gekommene Lohnabkommen nicht paßt. Die Vertreter der Hütten- und Maschinenindustrie sowie des Bergbauverbandes bezeichnen die am 22. Mai vereinbarten Löhne in einer Erklärung als „untragbar“. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der Industrie seien die bisherigen Löhne der Industriearbeiter schon nicht mehr tragbar gewesen, so daß das bestehende Lohnabkommen gefährdet und ein zehnprozentiger Lohnabbau gefordert werden mußte. Die Spitzenlöhne der Bauarbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie betragen nach dem bisher geltenden Tarif 60 %. Diese Löhne sollen nach dem Willen der Großindustriellen um 10 % gekürzt werden. Damit nun die Industriearbeiterlöhne nicht noch weniger als die Hälfte der Bauarbeiterlöhne betragen, müssen auch diese heruntersinken. So der Plan der Industriegewerkschaften. Im Inn vorzuschließen, sollen alle Industriearbeiter billiger werden. Auf den Geschäftswerten im Bochum sind schon am 30. Mai alle Bauarbeiter entlassen. Es ist ihnen freigelegt, zu dem alten Stundenlohn von 84 s weiterzuarbeiten. Nach den Pfingstfeiertagen sollen sich die übrigen Industriearbeiter diesem Vorgehen anschließen. Wieviel das geschehen ist, darüber liegen zur Stunde noch keine Nachrichten vor. Der Westdeutsche Bauarbeiterverband sieht sich dem Vorkat der Industriearbeiter fügen zu wollen. Seine Mitglieder sollen angewiesen sein, niedrigere Löhne auszugeben, als seine Vertreter selbst mit den Bauarbeitern vereinbart haben. Wichtig! Der Radikalle der Industriepolitiken kennt in seiner Brutalität keine Grenzen. Wegen die Vertragsparteien des Baugewerbes im Verein mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums ein Abkommen geschlossen haben. Das sieht diese Radikalle nicht an. Sie sehen sich rücksichtslos über Verträge und Gesetze hinweg. Was dabei auch die Arbeiterschaft auf schwerste geschädigt werden und die Arbeiterschaft des Volkes gesund gemacht und befehlen gerade diesem Zusammenbruch ihre heutige Macht. Diese zu erhalten ist ihnen offenbar wichtiger als der Aufschwung der Wirtschaft, als eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und als eine Befriedung des Staatswesens. Es wird höchste Zeit, daß dieser überhebliche und staatsgefährliche Radikalismus gebrochen wird. Da man dies von der jetzigen Regierung noch weniger als von allen vorangegangenen erwarten kann, wird die Arbeiterschaft diese Arbeit leisten müssen.

Der Kampf in Pommern geht weiter. Die Bauunternehmer in Pommern, mit die reaktionärsten im Lande, fühlten von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, zu beweisen, daß sie allen sozialen Geistes bar sind. Vom Herbst 1924 an sind die Bauarbeiter fast volle 6 Monate hindurch ohne Lohnzahlung gelassen. Im März brachte ein Sozialbund Lohnforderung; die Unternehmer schienen ihn ab und beantworteten Teilweise mit einer „allgemeinen“ Ansperrung. Wie wenig der Unternehmerverband seine Mitglieder an der Hand hat, geht daraus hervor, daß von nahezu 11 320 Mitgliedern nur 3208 = 29 % ausgeperrt sind. Eine Leiche von Vereinigungen ist gar nicht bestehen, und von den 54 betroffenen Baugewerkschaften kriegen 37 unserer Mitglieder im Kampfe. Am 18., 22. und 23. Mai fanden nur Verhandlungen statt, die jedoch die Parteien nicht im geringsten einander näher brachten. Schon davon hat nicht zum geringsten der staatliche Schlichter, der mit erzwungener Hand seine Unternehmernsfrontheit herbeizog. Sein Schiedspruch brachte gegenüber dem Schiedspruch vom 24. März für die Lohngruppen I und II einen um 2 s geringeren Stundenlohn, die 14 Gruppen für Käufe und Träger, wie für die Schiedspruch vom 24. März verlor, sollen fortfallen, die Erlöse werden, Gruppen und Polin sollen um eine Lohnklasse herabgesetzt werden und die Lohnforderung für 31 s festgesetzt werden. Der Schlichter lehnte es ab, im Schiedspruch über die heutigen Bestimmungen der Arbeiter, Festlegung der Lohngruppen und die Lohnforderung der Arbeiter, der Arbeiter und Bauunternehmer sowie die Lohnforderung der Arbeiter zu berücksichtigen. Die Arbeiter sind nun auf dem Punkt, denn eine einseitige Regelung werden die Bauarbeiter nicht erhalten. Für die Bauarbeiter ist die Lohnforderung gar nicht zu erwarten. Unsere Mitglieder haben nun auch in einer Arbeitsanweisung in den verschiedenen Gruppen über die Mittel gestellt. Am Freitag, 25. Mai, haben 34 Baugewerkschaften mit 4977 Mitgliedern beschlossen, den 7991 ausserhalb der Mitglieder (Summe 12968) um 10 % und um 5 s für Kaufleute des

Schiedspruchs. Der Kampf geht sonach weiter. Die Bauarbeiter Pommerns haben damit den Willen gezeigt, für ihre Lebensinteressen weiterhin unter Einsatz großer Opfer zu kämpfen, und zwar so lange, bis ein annehmbares Lohn- und Arbeitsverhältnis erreicht ist. — Wie wir hutz vor Mediationslösung erfahren, haben die Unternehmer ihre Betriebe geöffnet. Das ändert an unserer Stellungnahme zum Schiedspruch gar nichts. Die Betriebe öffnen ist gut, wie wollen die Unternehmer sie in Gang bringen? Ohne mehr Entgegenkommen als bisher werden die Bauarbeiter für die Arbeitsaufnahme nicht zu gewinnen sein.

Lohnregulierung für den Regierungsbezirk Minden mit Freistaat Lippe. Durch Verhandlungen am 29. Mai wurden die Löhne für das genannte Gebiet mit Wirkung vom 3. Juni an neu geregelt. Gefordert war ursprünglich ein Stundenlohn von 1,20 M für Facharbeiter. Nach längerer Verhandlungen in einer kleinen Kommission einigten sich die Parteien auf folgende Löhne für Facharbeiter: Lohngruppe I 1,10 M, Lohngruppe II 1,02 M, Lohngruppe III 90 s, Lohngruppe IV 85 s, Lohngruppe V 80 s. Die Hilfsarbeiter erhalten 10 s weniger. Die Löhne für Ziefbauarbeiter konnten nicht geregelt werden, weil der zuständige Arbeitgeberverband keine Vertretung geschickt hatte. Die Verhandlungen sollen bis zum 31. September 1925. Weiter wurde vereinbart, daß über die Verteilung am 1. September zwischen den Parteien verhandelt wird, wenn bis dahin keine zentrale Regelung getroffen sein sollte. Für den Fall, daß keine Einigung erzielt werden sollte, ist vereinbart, daß ein frei gewähltes Schiedsgericht die Frage für den Bezirk erledigen solle. Beide Teile erkannten diese Vereinbarung durch Unterschrift an.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 18. Mai 1925.

Baugewerkschaft	In den berichteten Baugewerkschaften													Gesamt					
	waren am Feststellungsstage arbeitslos																		
	weiterberberband	instandhalt.	baulich bearbeitet	betriebl. arbeitslos	weiterberberband	instandhalt.	baulich bearbeitet	betriebl. arbeitslos	Maurer	Hilfsarbeiter	Baugewerkschaft	Maurer	Feiler		Spezialarbeiter	Stukkatoren	Bauunternehmer	Vertragsarbeiter	Einzelhandl.
Rastb.-Danzig	8	8	19068	519	1372	46	2	64	—	—	—	—	—	—	—	7103	3046	—	—
Stettin	87	1	18399	58	193	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2303	600	—
Breslau	46	45	29448	119	1050	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	111	1448	—
Westf.	78	42	29749	201	406	2	117	21	44	—	—	—	—	—	—	19	16	933	—
Wagb.	53	48	16186	36	67	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	69	165	—
Frankf.	16	16	8022	226	618	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	309
Frankf.	45	45	14585	51	218	—	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Holl.	10	10	12008	84	412	89	60	8	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Worms	20	20	12208	30	201	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamb.	74	61	15241	68	290	129	22	10	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamb.	69	59	8946	60	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bresl.	69	68	6078	66	64	14	6	1	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamb.	25	24	16711	22	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesb.	35	35	16280	33	919	6	6	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttg.	24	24	16205	33	47	8	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlsru.	12	10	14405	44	652	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zus.	793	650	342260	1774	7400	297	245	1274	678	19	66	334	19735	—	—	—	—	—	—

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder unseres Bundes ging von 41 820 auf 13 725 zurück. Da die Zahl der von der Fühlung erfassten Mitglieder von 820 807 auf 340 280 gestiegen ist, beträgt die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Mitgliederstand nur noch 4,03 gegen 4,68 in der Vorwoche. Am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind nach wie vor der Bezirksverband Königsberg (24 %) und die Baugewerkschaft Danzig (16,6 %). Im Bezirksverband Würzburg ging die Arbeitslosigkeit von 8,4 % auf 6,9 % zurück. Im Bezirksverband Hannover ist die Arbeitslosigkeit bis auf 0,8 % gesunken, im Bezirksverband Stuttgart bis auf 1,2 %. Die Zahl der arbeitslosen Maurer hat sich von 2190 auf 1775 verringert, die der Hilfsarbeiter von 8144 auf 7465.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Breslau. Am 10. Mai tagte im Gemerkschaftshaus in Breslau unser Bezirksstag. Zu Vorsitzenden des Bezirksstages wurden einstimmig die Kollegen **Müller**, **Breslau**, und **Schmidt**, **Görlitz**, als Schriftführer die Kollegen **Vranitzki**, **Mundau**, und **Hoyer**, **Legitz**, gewählt. Vertreten waren 45 Baugewerkschaften durch insgesamt 100 Delegierte. Außerdem waren 7 Mitglieder des Bezirksvorstandes und der Bundesvorsitzende, **Kollege Paeplo**, anwesend. Der Bezirksleiter **Kollege Müller**, ergriffte den Geschäftsbereich. Er führte aus, daß sich die Bauarbeiter auch jetzt, 7 Jahre nach der Revolution, noch immer in einer ungünstigen Lage befinden. Die Lebenshaltung sei noch immer schlechter als vor dem Kriege. Der Lohn in Breslau betrage zwar 95 s, gegen 65 s vor dem Kriege; aber die Erhöhung stehe in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten. In einzelnen Landesteilen sei das Verhältnis noch ungünstiger als in Breslau. Der Wohnungsmangel liege im argen. Während im Frühjahr einige Wochen lang Maurer gesucht wurden, seien sie im September Oktober schon wieder überflüssig. In einigen Teilen des Reiches, zum Beispiel in Würtemberg, würden jedoch gegenwärtig Bauarbeiter verlangt, und es läge die Gefahr, daß Ausländer ins Land kommen, wenn nicht bald arbeitslose Maurer nach dort gegenwärtig werden. Um der Gefahr der Einwanderung ausländischer Arbeiter entgegenzuwirken, müsse Sorge getragen werden, den Arbeitsstellen hinzuzufügen, um dadurch den Bezug ausländischer Arbeiter zu verhindern. In Breslau sei im Bereiche der Bauunternehmlichkeit gewesen, die auch in diesem Jahre noch ausreide. In Meise, Priege und Poppeln sei dagegen keine Arbeit vorhanden gewesen, und in vielen anderen kleineren Orten und Städten habe es ebenfalls nicht und trüben ausgehoben. Bei diesen Verhandlungen mit den Unternehmern wurde von dieser immer behauptet, wenn die Löhne nicht je hoch seien, könnte mehr gebaut werden. Wir müssen jedoch darauf bestehen, höhere Löhne als andere Arbeiter zu haben, weil wir im Herbst und Winter längere Zeit ohne Arbeit sind. Außerdem sehe man ja auch, daß Unternehmungen in der Lage seien, Dividenden von 10 bis 15 %, ja sogar bis 20 % zu zahlen. **Kollege**

Müller wies dann darauf hin, daß früher mit ein Unternehmerverband, der Provinzialarbeiterverband, in Schlesien existierte, während jetzt die Zerpitterung im Unternehmerrlager dazu geführt habe, daß 6 Arbeiterverbände für das Hochbaugewerbe vorhanden seien. Es müßte doch mit aller Strenge versucht werden den abgepfifferten Verbänden deutlich zu machen, daß wir nicht mehr mit ihnen, sondern nur mit dem Provinzialarbeiterverband verhandeln wollen. In einzelnen Baugewerkschaften seien unsere Kollegen noch zu unbedinglich; sie mühten mehr den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. **Kollege Stank** habe berichtet, daß in Oberschlesien die Arbeitslosigkeit gekündet werden müsse. Er wolle nun in anderen Teilen Zeitspendende Facharbeiter gesucht werden; es sei schwer möglich, gesellschaftliche Kollegen zu veranlassen, anderwärts Arbeit anzunehmen. Wenn das nicht besser werde, so die Gefahr des Zuganges ausländischer Arbeitskräfte vielmehr nicht abzuwenden. **Müller** besprach dann den Streit in Meise, der dem auch die Baugüte betrifft wurde, trotzdem vor der Arbeitsfeststellung bei der Baugüte gemerkt worden sei. Nach der dritten Streikwoche hatten die Kollegen eingesehen, daß der Streit gegen die Baugüte falsch gewesen sei. Nun hätte aber der Druck der übrigen Unternehmer eingesetzt, und die Folge sei gewesen, daß die Stadtwaltungen ihre Bauen von der Baugüte nicht mehr weiter ausführen ließen. Wäre von Anfang an die Baugüte nicht bestritten worden, dann hätte der Streit in Meise keine 8 Wochen gedauert. In bezug auf den Bauarbeiterstreik liegen die Dinge sehr im argen. Wenn auch in Schlesien 11 Baugewerkschaften angefertigt seien, so spalten die Verhältnisse, besonders in der Provinz, doch jeder Beschreibung. In den Großstädten sei es ja noch ledig möglich gewesen, in bezug auf familiäre Einrichtungen, Pavanden usw. unsere Winzler Rechnung zu tragen. In den kleinen Städten und auf dem flachen Lande fehle jedoch zum größten Teil alles. Hoffentlich sehen unsere Kollegen ein, daß diese Frage ebenso wichtig ist, wie die Lohnfrage; denn die Befähigung der Gesundheit und der heilen Glieder sei schließlich notwendig als alles andere. Der Mitgliederstand von 43 704 im Jahre 1922 sei infolge der Inflationsschwüngen auf 30 744 zurückgegangen. Die Klassenverhältnisse hätten sich im allgemeinen gut entwickelt; jedoch konnte mehr Sorgfalt auf die Abschreibungen verwendet werden. Auch die Versicherungsverhältnisse seien zu wünschen übrig, besonders in bezug auf die Ausführung von Fragebogen. Im Anschluß an die Ausführungen des Bezirksleiters berichtete der Bezirksleiter, **Kollege Vossig** über die Baugruppe der Töpfer. Er streifte dabei die Alfordarbeit, die man bei den Töpfern nicht so ohne weiteres aus der Welt schaffen könne. Das Verbleiben zur Einführung der Lohnarbeit sei wohl vorhanden, an einen Erfolg in dieser Frage sei jedoch nicht zu denken. In der Ausprache über den Geschäftsbereich empfing **Müller** **Breslau** zur ganz besonderen Beachtung den § 2 der Bundesbeschlüsse und regt an, daß in den Baugewerkschaften die einzelnen Baugruppen des Status besprochen werden müßten. Im übrigen stellte er ein Fortschreiten der Organisation in Schlesien fest. **Stank**, **Görlitz**, ging auf die Lohnbewegungen in Oberschlesien ein und betonte, daß die Arbeitslosigkeit sehr folgerichtig gewesen sei. **Scholz**, **Breslau**, wies auf die Bedeutung des Bauabbaus hin und wünscht, daß diese Gruppe mehr Beachtung beigemessen wird. **Scholz**, **Görlitz**, bemerkte gegen die Bauunternehmer und verlangt deren richtige Verwendung. **Kollege Hoyer**, **Breslau**, besprach die Befragungsfrage. Es sei bedauerlich, daß schon wieder von einer Befragungsinteraktion gesprochen werden könne. An der weiteren Ausprache beteiligten sich auch die Kollegen **Vernitzki**, **Görlitz**, **Kuhner**, **Wagau**; **Warsil**, **Waldenburg**, **Maier**, **Frankenstein**; **Ganel** und **Sirchner**, **Breslau**. Einwendungen gegen die Geschäftsführung des Bezirksvorstandes wurden nicht erhoben. Zum 2. Punkt der Tagesordnung hielt **Kollege Paeplo** einen instruktiven Vortrag über den Bund und seine Einrichtungen, soweit sie bis jetzt geblieben sind. Er besprach die Weiterentwicklung und die spätere Befähigung des Bundes. Eine Ausprache über den Vortrag wurde nicht gewünscht. Zum dritten Punkt der Tagesordnung hielt der Geschäftsführer des Bauunternehmerverbandes **Schlesien**, **Gewisse** **Wagau**, einen Vortrag über Bauunternehmungen. Seine Ausführungen zielten darin, daß sich sämtliche Baugewerkschaften mehr als bisher an den Sozialisierungsbestrebungen beteiligen müßten. Er ermahnte deshalb die anwesenden Delegierten, in ihren Ortsbaugewerkschaften dazu zu wirken, daß ein vom Bundesrat des BAWG für Schlesien angenommener Antrag auf Erhöhung der Beiträge zur Durchführung gelangt. Der neue Bauunternehmerverband stellt sich zusammen aus den Kollegen **Müller**, **Vossig**, **Wagau**, **Kraut**, **Sabel**, **Wipon**, **Gorn**, **Mude** und **Karl Schatz**.

Bezirksverband Erfurt. (Bezirkskonferenz.)

Im neu erworbenen Volkshaus der Erfurter organisierten Arbeiterstadt tagte am 10. Mai die Bezirkskonferenz des Bezirksverbandes Erfurt. 45 Baugewerkschaften waren durch insgesamt 68 Delegierte vertreten. Die Baugewerkschaften **Klein**, **Gesellert**, **Zimmermann**, **Reißer** und **Moska** hatten keine Vertreter entsandt. Der Bezirksvorstand war vollständig, vom Bundesrat waren **Kollege Paeplo** und **Schlesien** amwesend. Der Bezirksleiter, **Kollege Paeplo**, gab einen Rückblick über die Zeit der Inflation, deren Auswirkungen auf die Baugewerkschaften als bisher Dagewesene übertrifft habe. Diese Zeit wirtschaftlichen Turbulenzen sei in ungewöhnlicher Weise von ununterbrochenen Elementen für ihre politischen Ziele ausgenutzt worden, wofür die Inflationen gewesen sei. Das Vertrauen zur Organisation wurde untergraben und die Baugewerkschaftsmittelherausforderung, aus den Baugewerkschaften auszutreten. Der Bezirk Erfurt habe sich der besonderen Aufmerksamkeit der kommunikativen Baugewerkschaften zu erfreuen gehabt, wie überhaupt Mittelbauverband als das beste Arbeitsfeld für die Verwirklichung bestimmter und bekannter Ziele angesehen habe. Mit dem Wiedererstehen stabiler Währungsverhältnisse ist auch das Denken der Baugewerkschaft wieder ruhiger geworden, die Organisation ist wieder im Auftrieb begriffen. Der Bericht weist nach, daß die Mitgliederzahl um 1000 höher ist als im 2. Quartal 1914. Die Gesamtzahl der Mitglieder im Bezirksverband beträgt gegenwärtig rund

12000. Im Winter 1923/24, wo 88 % aller Mitglieder im Bezirk arbeitslos waren, glaubten die Unternehmer mit den Anträgen auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufwarten zu dürfen. Die Verteilung des Achtstundentages im Baugewerbe war das Hauptziel. Die Unternehmer mußten sich aber mit dem Wunsch begnügen; ihre Angriffe auf den Achtstundentag wurden abgewehrt. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß einzelne Mitglieder den Achtstundentag misshandeln. In der Schlichtungsfrage haben einige Baugewerkschaften noch nicht die Zweckmäßigkeit eines lichten Nachdruckes erkannt. Sogar einige größere Baugewerkschaften haben nicht einen einzigen Beschäftigten in ihren Reihen. Zur Zeit sind 453 Beschäftigte in unterm Bund organisiert. Sechs mangelhaft wird immer noch der Bauarbeiterberuf durchgeföhrt. Obwohl die Verordnung der früheren sozialistischen Regierung von 1919 bis zum 14. September 1922 die beste Bauarbeiter-Lohn- und Arbeitsordnung darstellt, sie jemals erlassen wurde, wird sie doch von den Bauarbeitern wenig beachtet. Vielfach werden die großen sozialen Geboten, die diese Verordnung enthält, erst erkannt, wenn sie infolge ihrer Nichtbeachtung von der Thüringer Zantier-Regierung eines Tages befristet worden ist. Die Arbeit innerhalb des Bezirksverbandes hat sich in allen Fällen reibungslos vollzogen. Der Bezirksleitung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Kollege Saneemann, Mühlhausen, glaubte aus dem Bericht feststellen zu können, daß der Bezirksleiter eine Attade gegen links geritten habe. Andererseits mußte er aber zugeben, daß der Bezirksleiter sich besonders für Mühlhausen eingesetzt habe. Er wünschte Einigungsverhandlungen zwischen beiden Gewerkschaftsinternationales und kritisierte die Schreibebeile des „Grundstein“ gegenüber dem Verband der Ausgeschlossenen. Allgemein ist er für Befestigung der Spanne zwischen Maurer- und Bauhilfsarbeiterlöhnen auf 10 % die Stunde. Die nachfolgenden Redner erklärten sich fastlos mit der Tätigkeit der Bezirksleitung der Schlichtungskommission einverstanden. Dem Kollegen Saneemann wird bedeutet, daß sich die Organisation nicht dauernd vom Verband der Ausgeschlossenen beschnitten lassen kann. Der „Grundstein“ hat deshalb die Pflicht, diese großen Annürse juristisch zuweisen. Im Zusammenhang damit verweist Kollege Verhard auf den Artikel in Nr. 20 des „Grundstein“, „Anbiederungsbericht der Ausgeschlossenen“. Kollege Voigt, Erfurt, teilte mit, daß von ausgeschlossenen Bauarbeitern Anträge auf Wiederaufnahme in unsern Bund gestellt werden, während zu gleicher Zeit der „Bauarbeiter“ von den Antragstellern auf den Baustellen vertreten wird. In ausführlicher Weise behandelte Kollege Verhard die Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages. Ein Reichsarbeitsvertrag, der allgemein eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich vorseht, könne nicht abgeschlossen werden. Daß die Bauarbeiter sich diese Erzeugung nicht wieder nehmen lassen werde, samelte die Absicherung des Schlichtungsberichtes im Sommer 1924. In der Ferienfrage werde die Bauarbeiterfrage an ihren allen Forderungen festhalten. Ebenso könne in der Schlichtungsfrage keine andere Stellung eingenommen werden als bisher. Soweit für die Bauwertmeister noch kein Reichsarbeitsvertrag bestesse, an dem der Bund als Vertragspartner beteiligt ist, sei auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen. Auf die Dauer sei es unhaltbar, daß nur der Polierbund die Verträge für die Bauwertmeister abschließt. Die von einigen Baugewerkschaften gestellten Anträge wurden dem Bezirksverband zur Berücksichtigung bei kommenden Verhandlungen überreicht. In den Bezirksverband wurden einstimmig wiedergewählt: die Kollegen Frech, Fuchs, Meyer, Marx, Martin, Rämmer, Wank und Voigt.

Aus den Baugewerkschaften.

Breslau. (30 Jahre Bauhilfsarbeiter-Organisation.) Am 9. Juni 1895 hatten sich die Bauhilfsarbeiter von Breslau zum ersten Male in einer öffentlichen Versammlung zusammengefunden, um die Gründung einer Zunft des Bauhilfsarbeiterverbandes zu beschließen. Ein Dutzend Kollegen traten sofort dem Verbande bei und langsam ging nun die Entwicklung der Organisation vor sich. Am 2. Mai 1897 war die Mitgliederzahl schon auf 170 angewachsen. Wie aber waren die Arbeitsverhältnisse? Die tägliche Arbeitszeit betrug 11, 12 und 18 Stunden. Löhne von 17 s aufwärts bis 20 s die Stunde wurden gezahlt. Es gab einzelne Unternehmer, sogar Regierungsbaumeister, die ihren Arbeitern je nach der Dauer der Beschäftigung, die Lohnzulagen sperrig zu gewählten. Als wir bei dem Nationalmaurermeister Simon wegen Abschluß eines östlichen Vertrages vorstellig wurden, erklärte uns dieser Herr: „Gehen Sie, meine Herren, und organisieren Sie sich erst, wenn Sie sich fast genug organisiert haben, dann können wir über den Abschluß eines östlichen Vertrages miteinander verhandeln“. Diese Worte des Nationalmaurermeisters Simon haben wir in eifriger Arbeit verstanden, und so konnten wir im Jahre 1900 einen Mitgliederstand von 1000 Kollegen aufweisen. In einer gut besetzten Mitgliederversammlung wurde damals der Antrag gestellt, einen Kollegen anzustellen; der Antrag wurde jedoch abgelehnt, weil mit der Anstellung eine Erhöhung des Vertrages um 5 s verbunden sein sollte. Dieser kurzzeitige Standpunkt der Kollegen rückte sich bald. Eine scharfe Nahrungsbewegung legte ein. Persönliche Streitigkeiten innerhalb der Organisation führten auch noch zur Errichtung einer zweiten Zunft mit einer eigenen Leitung, die behaupteungsweise vom Hauptvorstand genehmigt wurde. Die Mitgliederzahl ging in beiden Zünften zusammen bis auf 250 zurück. Das war die Folge der vollen eigenen Spaltung. Wie konnte die Organisation aus diesem Zustand heraus zu einer gesunden Entwicklung geführt werden? In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstände des Nationalmaurermeisters verband uns deren Vertreter, Kollege Wiedera, daß die Maurer bei etwaigen Streitfällen zwischen uns und den Unternehmern auf den Baustellen Solidarität üben würden. Im Frühjahr 1901 wurde darauf zum ersten Male der Bau eines Unternehmers gesperret, weil er 2 unserer Kollegen gemahnt hatte. Das solidarische Eingreifen der Maurer verhalf

uns zu einem glänzenden Siege. Zwei Stunden nur dauerte die Pauperie und der Unternehmer mußte die beiden gemahnten Kollegen wieder einstellen. Die Zunftstelle II hatte sich inzwischen aufgelöst, und nun ging es mit vereinten Kräften vorwärts. In einer gut besetzten Mitgliederversammlung am 4. Mai 1904 wurde nun beschlossen, die Kollegen Albert Langer und Theodor Machol anzustellen. Mit einem Bestande von 2000 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1904 konnten wir, gestützt auf die Stärke der Organisation, im Frühjahr 1905 von den Unternehmern eine Lohnerhöhung von 6 s die Stunde fordern. Die ablehnende Antwort der Unternehmer wurde, dem Vorsitzende des Hauptvorstandes, Kollegen Vehrenndt folgend, mit der Durchführung eines Kleinrieges beantwortet. Innerhalb 2 Wochen wurden auf diese Weise 5 s Lohnerhöhung erkämpft. Dieser Sieg hatte die Organisation so gestärkt, daß wir im Oktober/Januar 1906 den höchsten Mitgliederstand von 4500 Kollegen aufweisen konnten. Mit dieser stattlichen Zahl organisierter Kämpfer traten wir erneut mit Forderungen an die Unternehmer heran und errangen im Jahr 1906 eine weitere Lohnerhöhung von 5 s, so daß ein Stundenlohn von 40 s erreicht war. Die Unternehmer rüsteten ungeheuer, um die Arbeitervereine im Baugewerbe zu vernichten. Im Jahre

Wir sollen unsern Geist nicht unterwerfen: so müssen wir eben vor allen Dingen einen Geist uns anschaffen, und einen festen und gewissen Geist; wir müssen erst werden in allen Dingen und nicht forsahen, bloß leichsinzigerweise und so Scherze da zu sein; wir müssen uns haltbare und unerfütterliche Grundfänge bilden, die allem unsern Denken und unserm Handeln zur festen Richtschnur dienen. Leben und Denken muß bei uns aus einem Stück sein und ein sich durchdringendes und gediegendes Ganzes.

Johann Gottlieb Fichte.

1910 holten sie zum großen Schlag aus durch Anordnung der allgemeinen Ausperrung im ganzen Deutschen Reich. Aber es kam anders als die Unternehmer dachten. Nach einem neunwöchigen Kampfe mußten die Arbeitgeber kapitulieren und den Arbeitervereinen Zugeständnisse machen. Bei dieser Gelegenheit darf der damals von den Kollegen gezeigte Eifer nicht unerwähnt bleiben. Die erste Streikunterbrechung wurde nämlich erst nach einem dreiwöchigen Kampfe geahnt. Das war schmerzhaft und sehr bitter für die Kollegen, denn so mancher war mit seiner Familie dem Hunger preisgegeben. Aber die Kollegen waren einsichtsvoll genug, um zu erkennen, daß die von den Verbänden getroffene Maßnahme unbedingt notwendig war, wenn der Kampf siegreich zu Stande kommen sollte. Jetzt können wir mit Stolz auf ein 30-jähriges Bestehen der Organisation zurückblicken. Große Opfer sind gebracht worden, mancher Kollege ist für seine Ueberzeugung ins Gefängnis gewandert. Und doch sind diese Opfer nicht umsonst gebracht worden. Aus den kleinen Verbänden ist der große Baugewerksbund entstanden, in dem auch die Bauhilfsarbeiter mit verurzelt sind. Möge der damals vorhandene Idealismus und Solidaritätsgeist auch in der heutigen Kollegenhaftigkeit wachen, damit die Kraft der Organisation erhalten bleibt. — Einen großen Teil der Mitgliebrüder der Zunftstelle des Bauhilfsarbeiterverbandes nicht machender der grüne Mann. Ganz besonders sei hierbes verdienten Kollegen Max Lucas gedankt, der sich an dem Aufbau der Organisation hervorragend beteiligt hat. Unter uns weilen von den Gründern noch die Kollegen August Mai, Richard Liebisch, Robert Schöen, Albert Langer und Hermann Machonske, sämtlich in Breslau.

Weißenhof i. S. Am 27. Mai fand in unserer Baugewerkschaft eine Mitgliederversammlung statt, in der der Bezirksleiter Kollege Leppich, Leipzig, einen aufklärenden Vortrag über: „Den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages sowie über Zweck und Ziel des Deutschen Baugewerksbundes“ hielt. Der Redner schilderte die Hoffnungen, die sich daraus bei den Kollegen im Baugewerbe noch lebendig erhalten. Er ging auf die Stellungnahme des Bundesvorstandes und der Tarifkommissionen ein und besprach die Forderungen der Unternehmer. Im weiteren erläuterte der Referent den Zweck und die Ziele des Baugewerksbundes und ermahnte die Kollegen am Schluß seiner Ausführungen, stets einig und geschlossen der Organisation die Treue zu bewahren. In der Aussprache über den Vortrag wurden verschiedene Fragen an den Referenten gestellt, die dieser beantwortete. Eine längere Debatte entspann sich über die Einhaltung der Arbeitszeit. Verschiedene Redner brachten Beswörungen über die Nichtbeachtung der Arbeitszeit sowie über das teilweise Nachhaken von Wochenfeiertagen vor. Die Verwaltung der Baugewerkschaft sowie Kollege Leppich sprachen sich über das Verhalten der einzelnen Kollegen sehr mißbilligend aus. Diese Zustände sollen in Zukunft beseitigt werden. Bei der Stellungnahme zu der am 10. Juni 1925 in Chemnitz stattfindenden Volksanwaltschaften kam allgemein im Ausdruck, daß der Delegierte der Weißenhofer Baugewerkschaft dort eintreten solle, was wir auch beim Neuabschluß eines Reichsarbeitsvertrages im Freistaat Sachsen unbedingt in der 3. Wahlklasse verbleiben. Der beabsichtigte Mündigkeit des Volksanwaltschaften für den 30. Juni wurde zugestimmt. Als Vertreter zur Teilnahme an der Konferenz in Chemnitz wurde der Vorsitzende, Kollege A. B. Wolff, delegiert.

Köln. (Quartalsversammlung.) Am 1. Mai fand unsere Generalversammlung für das erste Quartal statt. Kollege Kessler, der den Geschäftsbereich, die Bautätigkeit vor besser als im gleichen Zeitraum des Vorjahres festgestellte wurden 247 Wohnungen, 267 sonstige Gebäude und 150 Erweiterungsbauten. Auf gemeinsame Baugewerkschaften entfielen von den Erweiterungsbauten 5 Gebäude mit 28 Wohnungen und auf Bauhilfsbauten 5 Gebäude mit 26 Wohnungen. Im ganzen wurden 546 neue Wohnungen geschaffen. In Verbindung mit dieser Verbesserung des Baumarcktes stand eine Verringerung der Erwerbslosigkeit, was auf die Werbearbeit nicht ohne Einfluß blieb. Innerhalb der Bauarbeiterstadt gewinnt deutlich erkennbar der gesunde gewerkschaftliche Geist wieder an Boden, die Zahl der überadialen Hygiene schwindet merklich. Das Ergebnis der Werbearbeit kann mit rund 600 neuen Mitgliedern für das erste Quartal als befriedigend bezeichnet werden. Unsere Aufgabe bleibt es, mit der Bauarbeiter der Baugewerkschaften zu unterstützen. — An Lohnerhöhungen wurden erreicht auf dem Verhandlungswege für das Baugewerbe 8 s. Die Fensterer, denen man den Lohn um 4 s zu fügen beabsichtigt, konnten den Lohn von 1.50 M nach dreiwöchigen Kampf erhalten. Die Steinfolger erhalten vom März an 15 % über den Vorkriegslohn (bisher 5 %). Die Stukkatureur steigerten ihren Lohn von 1 M auf 1.10 M, die Gipser von 1.10 auf 1.20 M. Bemerkenswert war die Bewegung im Pfeifenlegergewerbe. Die freie Vereinigung, ein Individualistisches Gebilde, streifte um ihre Anerkennung durch die Unternehmer. Unsere Fachgruppe der Pfeifenleger beteiligte sich an diesem Streik nicht, da sie durch Tarifvertrag gebunden war. Nach wechenlangem Streit haben die Unternehmer, nachdem sie bis dahin am Verträge festhielten, diesen gebrochen und mit der freien Vereinigung einen zweiten Vertrag abgeschlossen der bis April 1926 gilt. Somit bestehen im Pfeifenlegergewerbe 2 Verträge. Da aber der Vertrag der freien Vereinigung erst dann eine Lohnerhöhung zuläßt, wenn der Index um 10 % gestiegen ist, der alte mit uns abgeschlossene Vertrag aber jede Lohnerhöhung der Maurer prozentual auf den Pfeifenlegerlohn umlegt, wird sich bald herausstellen, daß die freie Vereinigung endgültig auf höhere Löhne verzichtet. So weit kann es kommen, wenn die Kollegen sich zerplittern, anstatt einig und geschlossen in ihrer Fachgruppe zusammenzutreten. Aufschreibend an den Geschäftsbereich erlatierte Kollege Köhne den Jahresbericht. Die Kasse hatte eine Einnahme von 20 649.95 M und eine Ausgabe von 10 675.57 M. Somit bleibt ein Ueberfluß von 9744.41 M. Anträge lagen vor von einigen Fachgruppen und Zunftstellen. Ein Antrag der Stukkatureur, die Kollegen Paul Eich und Matthias Johnson wegen Streikbruchs aus der Organisation auszuschließen wurde angenommen. Der Antrag der Grund- und Abrucharbeiter, die Sitzungsgelder wieder zu gewöhnen, wurde ebenfalls angenommen. Die Zunftstelle Ehrenfeld beantragte die Anleihe der Hilfsarbeiter von jeder verlaufenen Beitragsmarke auf 8 s und die der Zunftstellenarbeiter auf 2 s festzusetzen. Dieser sowie ein weiterer Antrag der gleichen Zunftstelle, einen 2. Schriftführer zu wählen wurde angenommen.

Auffüllungen. Nachdem der Ausfall der Präsidentenwahl eine Rückkehr zu früheren Zuständen andeutete, scheint, glauben einige patriotisch veranlagte Bauidirektoren, ihren früheren Weisheiten wieder anwenden zu können. Sie erlassen, ohne die Betriebsvertretung zu betrauen, Diktate, die geradezu als Herausforderung zu betrachten sind. So ist unterm 30. April, also 4 Tage nach der Wahl, an Kraftwerken Anach-Görschenbach von der dortigen Bauidirektion ein Erlass angehängen worden, der unter anderem folgendes befragt: „Wozu ist fröhliche Geselligkeit? Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß jeder Arbeiter, sobald er der Arbeit fernbleiben will, dies auf dem Bureau und beim Polier anzugeben hat. Dies gilt besonders auch für Sonnabend und Sonntag. Wir setzen uns im Wiederholungsfall genaugen, diese Leute unmaßsächlich zu entlassen.“ — Soweit der Anschlag das Fernbleiben von der Arbeit während der normalen Arbeitszeit betrifft, ist zuzugeben, daß Ordnung gehalten werden muß, soweit sie aber den Sonnabend nachmittags und besonders den Sonntag betrifft, bedeutet sie doch eine sehr starke Zunahme und sollte für das Gewerbeaufsichtsamts Veranlassung sein, sich diesen Betrieb einmal anzusehen. Ein weiterer Artikel befragt, daß Donnerstag und Freitag kein Arbeiter im Arbeitsverhältnis bei der Firma lösen kann. Es ist aber nichts darüber gesagt, daß auch der Unternehmer an diesen Tagen keine Leute entlassen kann. Will einer überhöhen Willkür will die Bauidirektion auf diese Punkte hervorgehen. Die Bauidirektion wird sich aber gegen solche Methoden zu wehren wissen, und sie wird auch die Rechte wieder erlangen, die dank der Uneinigkeit unter den Arbeitern selbst zum Teufel gegangen sind. Wenn die Herren Ingenieure glauben, nach dem Wahlausfall im Kaiserinshofen sprechen zu dürfen und Diktate zu erlassen, dann werden sie sich täuschen. Die Arbeiterchaft aber soll daraus die Lehre ziehen, daß sie in Wirtschaftskrisen einig sein und auch bei ausfallgebenden Baustellen einig handeln muß; denn der Verdrängende ist immer wieder der Arbeiter selbst. Deshalb hinweg mit dem Wiederkampf auf den Baustellen. Der Kampf gilt dem Feinde der Arbeiterbewegung, dem ausbeutenden und diffamierenden Kapital, und vor allem dem Unterstand noch so vieler arbeitender Menschen.

Maurer für dauernde Beschäftigung stellt sofort ein Post und Tiefbau 67. m. d. S. Wendeberg.

Aus den Fachgruppen.

Gipser und Stukkatureur.

Am 30. Mai fanden unsere Fachgruppen statt mit dem Landesverband der Gipser und Stukkatureur der Bauidirektion. Eine Einigung kam nicht zustande, obwohl die Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit unter nachgeben, daß herüber in zwischen Verhandlungen einfließen werden sollte. Fragen betrafen die Unternehmung auf Grund eines Vertrages der Generalversammlung über die Unternehmung eines einer Einstellung des Lohnes und der Vereinbarung einer

Leistungsanstieg. Während unsere Vertreter einer Lohnstufung zustimmen, erklärte sie die Erhebung des weiteren Punktes als Sache der zentralen Verhandlungskommission.

Glaser.

Darmstadt. Am 22. Mai sprach Kollege Eichhorn, Hamburg, über das Thema: Berufs- und Industrieorganisation. Kollege Eichhorn, der auf eine vierjährige Tätigkeit zur Organisation zurückblicken kann, wurde von der Versammlung überaus herzlich begrüßt.

Frankfurt a. M. Am 23. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Glaserverammlung statt, in der Kollege Eichhorn über Berufsverband und Industrieorganisation sprach.

Gera. Die schlechten Lohnverhältnisse haben auch unsere Kollegen veranlaßt, sich wieder einmal in einer Versammlung zusammenzufinden. Nach mehrtägigen Verhandlungen haben wir eine Lohnsteigerung von 25% erreicht.

Sannover. Obwohl noch kein neuer Tarifvertrag zustande kam, ließ die Unternehmer-Vertreterungen keine Hoffnung bestehen, die wir abblenden mußten, wurde der Stundenlohn geneigt.

Leipzig. Die Verhandlungen über den Tarifvertrag für die Arbeiter der Textilindustrie sind in Leipzig im Gange. Die Verhandlungen sind in Leipzig im Gange.

10% gewährt. Die Ferien bleiben so, wie sie im Tarifvertrag vorgesehen sind. In der am 2. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde das Angebot, obwohl es zu gering ist, nach längerer Aussprache mit 95 gegen 84 Stimmen angenommen.

Morsleben. In der Versammlung am 20. Mai hielt Kollege Eichhorn, Hamburg, einen Vortrag über Berufsverband und Industrieorganisation, der mit Beifall entgegengenommen wurde.

Schwern. Unsere Bezirksleitung und auch die Verwaltung der Baugewerkschaft hat sich schon viel Mühe gegeben, um auch die Köpfe der Glaser den Zeitverhältnissen entsprechend zu regeln.

Leiz. Am 22. Mai tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in der der Bezirkssekretär, Kollege Leipnitz, einen Vortrag über: Die gegenwärtige Situation in der Glasergewerbe hielt.

Lohnbewegung. In Silesien ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die Verhandlungen sind in Silesien abgeschlossen worden.

Table with 3 columns: Arbeiter, Arbeitgeber, and a third column with numerical data. It lists various statistics related to the labor movement.

Die Tarifverträge werden nach oben abgerundet. Die Tarifverträge werden nach oben abgerundet.

Firma Heinlein in Heidelberg wird für Osenfelder vom 21. Mai an bis auf weiteres ein Stundenlohn von 1,15 M. gezahlt. Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden; für Überstunden werden 15, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50% Zuschlag gezahlt.

Mehrere tüchtige Osenfelder gesucht. Heinsteinwerk Heidelberg. Mehrere tüchtige Osenfelder gesucht.

Tüchtigen älteren Werkstatteinrichter für Schmotzschleiferei, Aufbereitungs- und Reparaturwerkstatt gesucht.

Tüchtige Fliesenleger für sofort gesucht, 10% über Tariflohn. Tüchtige Fliesenleger für sofort gesucht.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Schweiz. Die Gruppe der Gipser in Zürich teilte uns mit, dass auf Grund eines Beschlusses der Gipserversammlung in Zürich am 9. Mai 1925 die Feriengelder in der Zeit vom 15. Juni bis 31. Oktober 1925 ausgezahlt werden.

Vom Bau.

Schweiz a. d. D. (Submissionsliste). Das Bauamt für die Oberregulierung der Rhodaner und Veranlagung von 248 000 Kubikmeter Bodenmasse aus. Angebots lagen am 9. Mai von 22 Firmen vor.

Allgemeine Rundschau.

Internationale Solidarität. Die dänischen Gewerkschaften stehen nunmehr schon länger als 10 Wochen in einem erbitterten Ringen mit dem Unternehmer. Mehr als 100 000 ihrer Mitglieder sind von dieser Massenauflösung betroffen.

Warenexport als letzter Ausweg. Die Wiener Arbeiterpartei hat der österreichischen Regierung den Vorschlag gemacht, 50 000 Arbeiter und Angestellten die Auswanderung nach Amerika zu ermöglichen.

